

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Februar 1961

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Wahlen zum Sejm	1
2) PIASECKI bei GOMULKA	4
3) 300 Jahre polnische Presse	5
4) Parteitag der "Demokraten"	8
II. <u>Wirtschaft</u>	12
1) Fünfjahresplan und Planziele für 1980	12
2) Ausbau der chemischen Industrie	13
III. <u>Soziale Probleme</u>	15
1) Altersversicherung wird erweitert	15
2) Frauenbeschäftigung	15
IV. <u>Polen und das Ausland</u>	17
1) Polen - Deutsche Bundesrepublik	17

I. Politische Ereignisse

1) Wahlen zum Sejm

Mitte April 1961 soll die Bevölkerung Polens ein neues Parlament wählen. Es wird die zweite Sejmwahl nach dem Oktober 1956 sein. Die erste fand im Januar 1957 statt.

Die Lage in Polen hat sich in den vier Jahren, die seit der letzten Wahl vergingen, gründlich geändert. Damals stieß das neue Regime GOMULKAS auf starke Ablehnung fast im ganzen kommunistischen Lager und stand einer starken Opposition der einheimischen Stalinisten gegenüber. Heute gilt das Regime als stabilisiert - nach außen und innen.

Den Sejmwahlen vor vier Jahren maß man eine wichtige Bedeutung bei. Die neuen Herren des Landes betonten mehrmals, daß dem neuen Parlament eine wichtige Rolle im Staate zu falle, indem es die Hauptlast der gesetzgeberischen Arbeit trage und die Kontrollfunktionen über die Exekutive übernehme. Es solle kein Sejm sein, wie in der stalinistischen Zeit, der nur selten zum Befehlsempfang zusammentrat.

Dieser Gedanke, der besonders eifrig von den sogenannten "Revisionisten" (Parteilinke) befürwortet wurde, fand große Unterstützung bei den Vertretern der beiden Satellitenparteien (Bauern- und Demokratische Partei), die sich eine Vergrößerung ihrer Einflußsphäre durch die parlamentarische Arbeit versprachen.

Aber auch die Massen der Bevölkerung nahmen die Perspektive einer Verstärkung des parlamentarischen Einflusses mit Begeisterung auf. Das neue Wahlgesetz gab den Wählern eine gewisse Entscheidungsfreiheit. In jedem Wahlkreis war die Zahl der Kandidaten um etwa die Hälfte höher als die Zahl der zu wählenden Abgeordneten. Der Wähler durfte die ihm weniger geeignet erscheinenden Kandidaten streichen.

Auf diese Weise wurde dem Wähler eine Waffe in die Hand gegeben. Die Kommunisten befürchteten nach der Verabschiedung des Wahlgesetzes, daß man ihre Kandidaten in erster Linie streichen würde, denn die Parole, die damals unter der Bevölkerung von Mund zu Mund ging, konnte sehr gefährlich werden. Sie hieß: "Für Gomulka, aber gegen die Kommunisten!"

Der neue Parteichef warf damals seine ganze Autorität und seine Beredsamkeit in die Waagschale. Mit Unterstützung der Geistlichkeit gelang es ihm, die Wahl eines Parlaments zu verhindern, in dem die Kommunisten nur eine Minderheit besaßen. Es wurde im wesentlichen ohne Streichen gewählt, die Bevölkerung befolgte diszipliniert entsprechende Appelle. Die Kommunisten standen auf den ersten Plätzen der Kandidatenlisten und kamen durch.

Ein Novum des neuen GOMULKA-Parlamentes war die große Anzahl der parteilosen Kandidaten. Dies war eine Konzession an die Massen. In vielen dieser parteilosen Kandidaten sahen die Wähler ihre wirklichen Vertreter. Das Niveau der parteilosen Abgeordneten hob sich deutlich von dem der nominierten Parteifunktionäre ab. Durch ihr Wirken bekam der Sejm zumindest ein wenig von der wirklichen parlamentarischen Atmosphäre. Obgleich der Sejm nicht in einer demokratisch zu nennenden Weise entstand, unterschied er sich doch in erfreulicher Weise von den früheren Nachkriegsparlamenten mit ihren sturen Parteifunktionären und "verdienten Melkerinnen".

Die Hoffnung, daß der Sejm nun eine wirkliche Rolle spielen wird, erfüllte sich allerdings nur zu einem geringen Teil. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung war der letzte Sejm fleißiger als seine Nachkriegs-Vorgänger, in den Ausschüssen wurde viel wirkliche Arbeit geleistet, aber eine selbständige gesetzgeberische Funktion war durch die viel stärkere Parteispitze beschränkt.

Die Kontrollfunktionen gegenüber der Exekutive waren als zweite wichtige Aufgabe des ersten GOMULKA-Sejm gedacht. Natürlich blieben auch sie illusorisch, so weit es sich um die Spitze der Exekutive handelte. Nur ein Abgeordneter der Regierungspartei, der in Krakau gewählte ehemalige langjährige Sozialdemokrat Boleslaw DROBNER schien eine zeitlang ernst daran zu glauben, daß der Sejm der Regierung auf die Finger schauen dürfe. Auf sein Betreiben hat sogar einmal ein Staatssekretär einen ersten Verweis bekommen. Die Sache spielte sich allerdings nicht vor dem Plenum, sondern in einem Ausschuß ab und ein solcher Vorfall ist später nicht mehr vorgekommen.

Die Kontrolle des Parlaments blieb also auf die mittleren und unteren Organe der Exekutive beschränkt, aber zweifellos konnte nützliche Arbeit dabei geleistet werden.

Eine überragende Rolle hat der letzte Sejm also nicht gespielt, obwohl sie ihm in der Oktober-Zeit von vielen sicher zugedacht werden war. Das ist in einem totalitären System auch nicht denkbar. Wenn man in einer kommunistischen Diktatur überhaupt von einem Parlament sprechen kann, so spielt diese Rolle das Zentralkomitee der Partei, und dieses Gremium arbeitet unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Das in vier Jahren wiedererstarkte System hat verständlicherweise kein Interesse daran, einem neuzuwählenden Sejm die Rolle einzuräumen, die seinem Vorgänger von manchen zwar zugedacht, aber von der Partei nicht zuerkannt wurde. Nach allem, was man aus gutinformierten Warschauer Kreisen hört, kommt man zur Überzeugung, daß der neue Sejm weniger repräsentativ und weitgehend "entpolitisiert" werden soll. In der Praxis heißt das, daß dort wieder mehr Parteifunktionäre, aber auch Fachleute vieler wirtschaftlicher Gebiete sitzen sollen. Als sicher gilt, daß die Zahl der parteilosen Abgeordneten drastisch herabgesetzt wird, was gleichzeitig eine Herabsetzung des Niveaus des Parlaments bedeutet.

Die Wahlkampagne hat schon Ende Januar begonnen, aber man verspürt im Lande nichts von einem Wahlfieber. In den letzten vier Jahren sind viele Illusionen zusammengebrochen, und heute weiß jeder Durchschnittspole, daß die Sejm-Wahlen keine Bedeutung haben, daß das Ergebnis dieser Wahlen schon jetzt vorauszusehen ist. Bis jetzt haben die offiziellen Stellen es peinlich vermieden, den Wahlmodus festzulegen. Man weiß bis jetzt nicht einmal, wie die Kandidatenlisten zusammengestellt werden und ob den Wählern Entscheidungsfreiheit durch Streichen von Kandidaten gewährt wird. In politischen Kreisen Warschaus vermutet man, daß der alte Wahlmodus der Form nach beibehalten wird. Das bedeutet, daß man Kandidatenlisten aufstellt, die mehr Namen enthalten, als die Zahl der im betreffenden Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten beträgt. Allerdings wird sich die Situation von vor vier Jahren nicht wiederholen, weil die kommunistischen Kandidaten so stark auf den Listen vertreten sind, daß sie so oder so die Oberhand behalten.

Das Regime scheint zu befürchten, daß während der Wahlkampagne auch die Gegner des Systems zu Wort kommen könnten. Das Politbüromitglied, Roman ZAMBROWSKI, äußerte in einem Interview mit dem Parteiorgan "Zycie Partii" Bedenken, daß "durch die Welle der für die Wahlen typischen Steigerung des Interesses der Bevölkerung für die öffentlichen Angelegenheiten sich auch die Tätigkeit der reaktionären Kräfte belebt...".

Indes zeigt die Bevölkerung kein Interesse für die "öffentlichen Angelegenheiten" und aus diesem Grunde ist es auch wenig wahrscheinlich, daß die "Reaktion" besonders aktiv werden kann.

Die Ankündigung, daß der Religionsunterricht in Zukunft nicht in der Schule stattfinden darf, wurde mit erstaunlicher Beherrschung von der in der Mehrzahl gläubigen Bevölkerung hingenommen. Für die Beobachter der Vorgänge in Polen ist es indes kein Geheimnis, daß diese Gelassenheit zum großen Teil auf den beschwichtigenden Einfluß des höheren Klerus zurückzuführen ist. Die Partei hat dieser Entscheidung jede propagandistische Note genommen und den Kardinal WYSZYNSKI wissen lassen, daß sie dem Religionsunterricht außerhalb der Schule keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Das Oberhaupt des polnischen Episkopats nimmt in allen Glaubensfragen eine sehr entschlossene Haltung ein, aber auf dem politischen Gebiet zeigt es große Elastizität. Vor allem dort, wo es sich um "Staatsraison" handelt (dieser Begriff kam nach dem Oktober 1956 in Polen wieder zur Geltung), geht WYSZYNSKI oft mit dem Regime konform. Die Partei hofft, daß bei den kommenden Wahlen die Geistlichkeit zumindest eine verständnisvolle Haltung einnehmen wird. Wenn diese Rechnung aufgeht, und nach Meinung informierter Kreise besteht diese Aussicht, so braucht GOMULKA keine Überraschungen zu befürchten, für welche der jetzige Wahlmodus immerhin einen gewissen Spielraum offenhält.

2) PIASECKI bei GOMULKA

Nach fast einjährigen Bemühungen gelang es dem Leiter der regimetreuen Katholiken in der PAX-Organisation, Boleslaw PIASECKI, eine Audienz bei GOMULKA zu erwirken. Der Parteichef empfing PIASECKI und seine nächsten Mitarbeiter zusammen mit seinem inoffiziellen Stellvertreter Zenon KLISZKO. Das Treffen fand Ende Januar statt, und im offiziellen Kommuniqué wurde nichts über den Inhalt der Gespräche bekannt gegeben. In politischen Kreisen der polnischen Hauptstadt weiß man indes, daß das Hauptthema der Unterredung die Beteiligung der PAX-Vertreter im künftigen Sejm war.

Vier Jahre lang hatte PIASECKI keine Vertreter im Parlament, aber in diesen Jahren wurde die zuerst stark erschütterte politische Position PIASECKIS wieder gestärkt.

In vielen Satellitenländern gibt es kleine Gruppen der regime-freundlichen Katholiken oder anderer Christen, aber PAX unterscheidet sich von ihnen in vieler Beziehung. PIASECKI ist kein abtrünniger Priester, der von den meisten Gläubigen verachtet wird, sondern ein Mann mit politischem Ehrgeiz und hohen geistigen und taktischen Qualitäten. Schon allein die Tatsache, daß Teile der ehemaligen Falanga-Organisationen hier Unterschlupf fanden ist präzedenzlos.

Auch unter seinen erbittertesten Gegnern gilt PIASECKI als die profilierteste Persönlichkeit in weiten Kreisen des katholischen Lagers in Polen. Die sogenannte "Kardinal-Gruppe" der WYSZYNSKI-treuen Politiker, die als "Znak"-Gruppe bezeichnet werden, rekrutiert sich aus Menschen, die persönlichen Anstand mit dem besten Willen verbinden, nur das alleine macht aus ihnen noch keine Politiker. Die moralische Integrität PIASECKIs ist von zweifelhaftem Wert, seine politischen Qualitäten werden dagegen hoch geschätzt.

Es gilt als eine ausgemachte Sache, daß PIASECKIs Leute im neuen Sejm nicht nur vertreten sein werden, sondern daß sie sogar zahlenmäßig stärker sein werden, als die Znak-Gruppe. Eine dritte katholische Gruppe, bestehend aus ehemaligen PIASECKI-Mitarbeitern, die sich in den Oktobertagen 1956 von PAX getrennt haben, wird von dem Sejm-Abgeordneten FRANKOWSKI geleitet. Sie ist recht bedeutungslos geworden, und wenn sie im neuen Sejm sitzen sollte, dann nur, weil sich die Kommunisten möglichst viele katholische Fraktionen wünschen und nicht eine einheitliche katholische Front.

PIASECKI erwies sich als hart im Nehmen und bewies eine große Standfestigkeit. Er kann gelassen der Tatsache ins Auge schauen, daß er sowohl von Kardinal-treuen Katholiken als auch von den orthodoxen Kommunisten gehaßt wird.

3) 300 Jahre polnische Presse

Vor 300 Jahren erschien in Krakau zum ersten Male eine periodische Zeitung: "Merkuriusz Polski". Die nationale Traditionen pflegenden Kommunisten ließen es sich nicht nehmen, daraus ein Jubiläum der polnischen Presse abzuleiten. Am 30. Januar fand in Warschau ein Festakt statt, zu dem fast alle Politbüromitglieder sowie die Spitzen von Regierung und Parteien erschienen. Viele Pressevertreter wurden mit hohen Orden dekoriert.

Ursprünglich hieß es, daß der Parteichef GOMULKA zu den Journalisten sprechen werde. Diese Nachricht erweckte in Warschau einiges Erstaunen, da man die Pressefeindlichkeit GOMULKAs in Polen genügend kennt. Aber zum Schluß war es der Ministerpräsident CYRANKIEWITZ, der auf der Rednertribüne erschien. Der bei den Presseleuten im allgemeinen beliebte polnische Premier hielt eine Ansprache, in der er, eingekleidet in viele schmeichelnde Worte, deutlich zu verstehen gab, daß die Partei von den Journalisten in der Zukunft mehr Engagierung erwarte.

"Was wir brauchen" - meinte der Premier - "ist die aktive Beteiligung an der Verbesserung und Umgestaltung unseres Lebens. Dies kann nur dann gewährleistet werden, wenn die ... Journalisten dasselbe Verantwortungsgefühl für die Belange des Staates wie für die Partei aufbringen."

CYRANKIEWITZ räumte ein, daß in den letzten Jahren Erscheinungen "mangelnden Verantwortungsgefühls" in journalistischen Kreisen weitgehend überwunden wurden. Er meinte damit die Einschränkung jener Pressefreiheit, die in den Monaten vor und nach dem Oktober 1956 eine sehr intensive Blütezeit erlebte.

"Die Rolle und Verantwortung eines Journalisten" - meinte der Premier - "ist heute größer denn je. Daher kommt es, daß die Partei und das Volk von den Journalisten immer mehr verlangen. Wir wünschen vor allem, daß ein polnischer Journalist sich mit Herz und Verstand für die Sache des sozialistischen Aufbaus in Polen engagiert, daß er sich als Kämpfer der Sache des Sozialismus vorkommt."

Die "revisionistische" Vergangenheit der polnischen Presse ist tatsächlich schon seit langer Zeit überwunden. Nur selten kam es bei der Säuberung der Presse von "Revisionisten" zu solch dramatischen Spannungen, wie bei der Schliessung der Zeitschrift "Po prostu" im Herbst 1957, ein Jahr nach dem polnischen Oktober. Sonst verlief dieser Prozeß fast unbemerkt. Wer sich beugte (und die meisten beugten sich sehr schnell und bereitwillig), der ging "in die Wüste", aber in dieser Wüste gibt es viele schattenreiche Oasen. GOMULKA ist - und das kann man nicht oft genug betonen - nicht rache-süchtig, und auch seinen schlimmsten Feinden geht es in Polen materiell gesehen nicht schlecht.

Die Presse in Polen gilt also schon seit längerer Zeit als "zahn". Nur wenige erinnern sich noch daran, was Politbüromitglied (damals I. Sekretär) Edward OCHAB, während der berühmten Plenarsitzung des ZK im Oktober 1956 über die Presse sagte. Einem Stalinisten, der sich zu spät zur Diskussion meldete, riet OCHAB, seinen Beitrag in Form eines Artikels an die Presse zu schicken. Aus dem Saal rief jemand: "Man weiß nicht, ob die Presse so etwas drucken will." Darauf OCHAB: "Das stimmt allerdings. Es ist bekannt, daß das ganze ZK-Sekretariat mit unseren Redaktionen nicht fertig werden kann, und so scheint es mir fraglich, ob es ein einzelner Genosse schafft."

Damals war die "heroische Zeit" der polnischen Presse, diese Periode dauerte aber nur wenige Monate. Heute ist die Presse keine selbständige Macht mehr. Sie liegt auf der Linie, von der es kaum noch Abweichungen gibt.

Ein solch seltener Fall war jüngst die Affäre um den Chefredakteur der Parteizeitschrift "Polityka", Mieczyslaw RAKOWSKI. Dieser junge, eigenwillige Mann war einer der wenigen unter den Presseleuten, die sich der Gunst GOMULKAS erfreuten. Er ließ Artikel eines in Polen bekannten Schriftstellers drucken, der sich scharf gegen die Todesstrafe aussprach. Nebenbei gesagt gehört dieser Schriftsteller (Jerzy ANDRZEJEWSKI) zu denjenigen, die aus Protest gegen die zunehmende Beschneidung der Meinungsfreiheit im Jahre 1958 aus der Partei austraten. Als die Staatsanwaltschaft gegen manche Formulierungen ANDRZEJEWSKIS in einem Brief an die Redaktion protestierte, ließ RAKOWSKI in einer nicht unterzeichneten Notiz vernehmen, daß er sich mit der Haltung ANDRZEJEWSKIS vollkommen solidarisiert. Er war nicht berechtigt, seine persönliche Meinung in eine Form zu kleiden, die vermuten ließ, daß es sich um die Redaktionsmeinung (und damit auch die Parteimeinung) handelt. Seine Gegner und Neider, zu denen auch der Leiter des ZK-Pressebüros, Artur STAREWICZ, gehört, beeilten sich, diesen Fehltritt zu nützen und erwirkten die Absetzung RAKOWSKIS vom Posten des Chefredakteurs. Indes blieben aber die zahlreichen Freunde des jungen Presseannes nicht untätig. Zu seinen Gönnern zählt auch OCHAB, und Dank seiner Intervention konnte RAKOWSKI wieder in sein Amt zurückkehren.

In journalistischen Kreisen Warschaus feierte man die Rückkehr RAKOWSKIS als den Sieg der "Liberalen" gegen die Scharfmacher.

Am Rande dieser Geschichte ist interessant, daß RAKOWSKIs Gegenspieler, der Parteipressechef Artur STAREWICZ, während des "polnischen Oktobers" eine deutlich antisowjetische Haltung zeigte. Im Stenogramm der VIII. ZK-Plenarsitzung vom 20. Oktober 1956 ist festgehalten, wie STAREWICZ damals mit einer Beharrlichkeit zu wissen verlangte, was die Bewegungen der sowjetischen Panzertruppen in Richtung Warschau bedeuten und ob sie als ein Einschüchterungsversuch zu verstehen sind. Heute gehört STAREWICZ wieder zu den Linientreuen und achtet scharf darauf, daß die Presse nicht die Freundschaft zu den Sowjets trübt.

4) Parteitag der "Demokraten"

Am 6. und 7. Februar tagte in Warschau die sogen. Demokratische Partei. Sie ist die schwächere der beiden Satellienparteien (die andere ist die Bauernpartei), und ihr Wirkungskreis bleibt auf zwei Gruppen der Stadtbevölkerung beschränkt: Die Intelligenz und das Handwerk.

Die polnischen "Demokraten" tagten in einer für sie günstigen Zeit, 6 Wochen vor den Sejmwahlen. Gerade jetzt wird wieder viel von der "Nationalen Front" gesprochen, und die regierenden Kommunisten zeigen in diesen Tagen ihren unfreiwilligen Verbündeten mehr Wohlwollen als sonst.

Diese Tatsache fand darin ihren Ausdruck, daß der Parteichef GOMULKA die Beratungen des Parteitages mit seiner Anwesenheit beehrte und eine Ansprache an die Delegierten hielt. In den vorhergehenden Tagen stand sogar die kommunistische Parteipresse den "Demokraten" zur Verfügung, und der Vorsitzende dieser Partei, Prof. KULCZYNSKI, benutzte zweimal "Trybuna Ludu" als Sprachrohr, um sich an breitere Schichten zu wenden.

Heute besteht die "Demokratische Partei" aus sehr heterogenen Elementen. Der Vorsitzende der Partei, Prof. Stanislaw KULCZYNSKI, ist ein rechtschaffener Mann, aber im Parteivorstand sitzen auch zahlreiche kommunistische Kreaturen, die vor Jahren von den Sowjets zur Arbeit unter den "Demokraten" abkommandiert worden sind. Zu diesem Infiltrierten gehören in erster Linie der langjährige Generalsekretär der Partei, Leon CHAJN, und der stellvertretende Vorsitzende, Jan Karol WENDE. Letzterer, der vor dem Kriege ein namenloser Schriftsteller war, verbrachte die Kriegszeit in der Sowjetunion und war mit dem ehemaligen Sicherheitsminister RADKIEWICZ befreundet.

Nach dem Oktober 1956 wurden neue Männer an die Spitze der Partei gestellt, unter ihnen KULCZYNSKI oder der während der stalinistischen Zeit lange Jahre eingekerkerte Włodzimierz LECHOWICZ. Aufpasser vom Schlage CHAJNS und WENDES sind dennoch in der Parteileitung geblieben, wohl weil sie schon so gut "eingearbeitet" waren und den polnischen Kommunisten und den Sowjets gute Dienste leisteten.

Die "Massen" der Mitglieder (Zahlen werden nicht veröffentlicht) bestehen aus den Vertretern der Intelligenz (darunter ein ziemlich hoher Prozentsatz von Lehrern) und den Resten der Privatunternehmer in der Stadt. Praktisch handelt es sich dabei um die Handwerker.

Wenn man den Worten des Parteivorsitzenden Glauben schenken darf, sind 40 % der jetzigen Mitglieder erst in den letzten drei Jahren der Partei beigetreten. Das würde bedeuten, daß sie nach dem Oktober doch eine gewisse Anziehungskraft auf die sogenannten Kreise ausgeübt hat.

Der Wirkungskreis der Partei umfaßt gewissermaßen die "Relikte der kapitalistischen Zeit", die früher oder später verschwinden sollen. Von den Kommunisten werden die "Demokraten" als "die Gestrigen" betrachtet und oft auch dementsprechend behandelt. Obwohl sich nach dem Oktober die Situation auf diesem Gebiet geändert hat und die Kommunisten ihre Herrschaftsansprüche in einer etwas diskreteren Form geltend machen gibt es noch Grund genug zur Klage. So beklagte sich der Parteivorsitzende in einem Interview mit "Trybuna Ludu" (vom 1. März), daß es "Manchmal vorkommt", daß die Rolle der Intelligenz dadurch herabgesetzt wird, daß ihre Leistungen als "unproduktive Arbeit" angesehen werden, und die Funktion des Handwerks dadurch ins falsche Licht gerückt würde, daß man dabei gleich an die private Eigentumsform denkt. Dabei - meint KULCZYNSKI, spielt die Intelligenz eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Produktions- und Arbeitskraft und die Arbeit eines Handwerkers ist eine nützliche und wertvolle Funktion in der Gesellschaft.

In einem Artikel, der am 6. Februar veröffentlicht wurde, klagte KULCZYNSKI, daß eine Anzahl von Funktionären der PZPR (Kommunisten) mehr zum Kommandieren als zum Koordinieren neigen und "die politische Spezifik der Demokratischen Partei" nicht verstehen.

Dabei - so sagte KULCZYNSKI weiter - sei die Demokratische Partei ein "wertvoller Verbündeter" für die PZPR, sie "erweitere die Front der sozialistischen Kräfte in Polen" und der "Erbauer des Sozialismus in Kreisen, in denen der Sozialismus die verhältnismässig größten Widerstände findet". In diesen Kreisen habe man sich mit der Unvermeidbarkeit des Sozialismus abgefunden, aber man glaube immer noch nicht völlig an die Richtigkeit der Sache des Sozialismus.

Dabei sei Sozialismus - so heißt es in KULCZYNSKI's Artikel - die Sache des ganzen Volkes, aller seiner Schichten und Bürger.

Auch während der großen Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen müßten die berechtigten Interessen der unproletarischen Bevölkerungsmassen respektiert werden.

GOMULKA, der am 6. Februar vor den Delegierten des Parteitages der "Demokraten" sprach, betonte ebenfalls die Notwendigkeit der Verbundenheit aller in der Nationalen Front erfassten Parteien. Er meinte, die Demokratische Partei sammle einen beachtlichen Teil der Verwaltungsangestellten, Ärzte, Juristen und Lehrer, die nur zum kleinen Teil direkt mit der Produktion materieller Güter beschäftigt seien, aber trotzdem einen großen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaft Polens leisteten.

Als besonders wichtig bezeichnete GOMULKA die politische und organisatorische Arbeit der DP unter den Handwerkern. Hier scheint überhaupt der Schwerpunkt des Interesses der regierenden Partei zu liegen.

GOMULKA gab die Zahl der Handwerksbetriebe mit 147.000 an. Sie beschäftigten ca. 240.000 Menschen. Während der letzten fünf Jahre erhöhte sich die Zahl der Betriebe um 53 % und die der Beschäftigten um 70 %. Dabei muß man aber bedenken, daß am Ende der stalinistischen Periode das private Handwerk seinen Tiefstand erreicht hatte. Nach dem Oktober 1956 entstanden eine Anzahl neuer Betriebe, die spätere Steuerpolitik der Behörden und mangelhafte Belieferung der Handwerker mit Rohstoffen trugen dazu bei, daß dieses Wachstum jetzt wieder stagniert. Unumwunden gab GOMULKA zu, daß dieser Zustand unbefriedigend sei, und deutete damit an, daß die Verwaltungspraxis der letzten Jahre revidiert werden soll.

Während der kommenden fünf Jahre plant man eine Vermehrung der privaten Handwerksbetriebe um 25 % und der Beschäftigten um 40 %. Nach den Worten GOMULKAS wird sich die Rolle des Handwerks in der Zukunft ändern müssen. Es wird weniger materielle Güter produzieren, denn das wird die wachsende Industrie besorgen. Der Schwerpunkt der Arbeit der Handwerker wird bei den Dienstleistungen liegen.

"Der Staat wünscht sich eine Entwicklung des Handwerks" , - meinte GOMULKA wörtlich - und schaffe günstige Voraussetzungen dazu. Diese Feststellung stellt mehr ein Postulat als eine Tatsache dar. Es scheint vielmehr, daß die Wirtschaftsplaner die Aussichtslosigkeit einer baldigen Errichtung eines Netz es auf genossenschaftlicher Basis funktionierender Handwerksbetriebe eingesehen haben und aus dieser Einsicht die Konsequenz ziehen wollen, ähnlich wie man es auf landwirtschaftlichem Gebiet getan hat.

II. Wirtschaft

1) Fünfjahresplan und Planziele für 1980

Stefan JEDRYCHOWSKI, polnischer Planungschef, informierte den Sejm-Ausschuss für den Wirtschaftsplan über die Planziele des kommenden 5-Jahresplanes 1961 - 1965 und über den sogen. "Perspektivplan", der bis zum Jahre 1980 reicht. Um 52 % soll sich die industrielle Produktion und um 22 % die Produktion der Landwirtschaft bis 1965 erhöhen.

Der durchschnittliche Wachstumsindex für die jährliche Produktion der Industrie soll 8,7 % betragen. Dieses Tempo soll in den nachfolgenden Jahren bis 1980 beibehalten werden. Man hofft, daß in 20 Jahren das Niveau der industriellen Produktion in Polen das jetzige Produktionsniveau der hochindustrialisierten Länder Westeuropas weit übersteigen wird. Das bedeutet aber nicht, daß dann auch der Lebensstandard der Bevölkerung im Jahre 1980 in Polen höher sein wird als in Westeuropa.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird natürlich viel langsamer sein, obwohl die jetzt niedrige Produktivität der polnischen Landwirtschaft noch eine große Produktionssteigerung erlaubt. Man will in den kommenden 5 Jahren eine durchschnittliche Zuwachsrate von 4,1 % erreichen. In späteren Jahren wird sich diese Steigerung etwas verlangsamen und soll 3,4 % im Jahresdurchschnitt betragen. Im Jahre 1980 sollen die Hektarerträge der polnischen Landwirtschaft etwa dem heutigen deutschen Niveau angeglichen sein.

Stein- und Braunkohle wird in den nächsten 20 Jahren weiterhin der wichtigste energetische Rohstoff bleiben. Die Kohleförderung soll entsprechend intensiviert werden.

In der Maschinenindustrie wird sich besonders stark die wirtschaftliche Integration des Ostblocks zeigen. Eine Spezialisierung wird auf diesem Gebiete immer stärker zum Vorschein kommen. Schon in der jetzt gerade begonnenen 5-Jahresplanperiode wird sich die wirtschaftliche Planung Polens den Richtlinien des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe weitgehend anpassen. In späteren Jahren wird diese Anpassung noch vollkommener sein.

Nach diesen Richtlinien soll in Polen das Hauptgewicht auf den Schiffsbau, der elektrotechnischen und Rundfunkindustrie, den Einrichtungen für Holz-, Papier- und Lebensmittelindustrie liegen. Außerdem wird man den Bau der Bergwerkeinrichtungen und -Maschinen, der Textilmaschinen und mancher Werkzeugmaschinen forcieren.

Der von vielen Wirtschaftsfachleuten als gefährlich hoch bezeichnete Geburtenüberschuß weist in der letzten Zeit erfreulicherweise eine sinkende Tendenz auf. Diese Tatsache hatte eine Revision der früher ausgearbeiteten demografischen Prognose für das Jahr 1980 zur Folge. Man nimmt an, daß der Geburtenüberschuß in der Zukunft auf 13 Promille herabsinkt und glaubt, daß im Jahre 1980 die Bevölkerung Polens 39 Millionen betragen wird. Die Landbevölkerung wird dann nur 28 % der Gesamtzahl ausmachen. Der Prozeß der Abwanderung der Bevölkerungsmassen in die Städte wird in den kommenden Jahren weiter andauern, was wiederum eine Intensivierung des Wohnungsbaues in den Städten notwendig machen wird. Während der kommenden fünf Jahre will man 1,8 Millionen Wohnräume in der Stadt und 950.000 auf dem Lande bauen. Ursprünglich hat man etwas höhere Planziele gesteckt, aber die Intensivierung der industriellen Investitionen ist auf Kosten des Wohnungsbaues beschlossen worden.

2) Ausbau der chemischen Industrie

Als besondere Ehre für die Chemie-Gewerkschaft in Polen wurde Ende Januar die Tatsache gewertet, daß bei ihrem VII. Kongreß GOMULKA persönlich erschien und vor den Delegierten und Funktionären eine längere Ansprache hielt.

Es gab zwei Gründe, die GOMULKA veranlaßten, vor den Chemie-Gewerkschaftlern aufzutreten. Als formeller Grund galt die Tatsache, daß er vor dem Kriege eine zeitlang als Funktionär der kryptokommunistischen Gewerkschaft der Chemiarbeiter tätig war.

Ein viel wichtigerer Grund war aber, daß man dem Ausbau der chemischen Industrie im heutigen Polen sehr große Bedeutung beimißt. Polen besitzt zahlreiche wertvolle Rohstoffquellen, die den Ausbau dieser Industrie lohnend machen (allerdings fehlt der wichtigste Rohstoff - Erdöl). Das Entwicklungstempo dieser Industrie wird immer mehr forciert. Während des 6-Jahresplanes (1950-55) überflügelte der Ausbau der chemischen Industrie die übrige Industrie um 30 %.

Während der vergangenen fünf Jahre(1956-60) wuchs die Chemie etwa doppelt so schnell wie die übrige Industrie, und in den kommenden 5 Jahren wird dieses Tempo noch mehr gesteigert.

Im Jahre 1960 war der Umfang der chemischen Produktion in Polen 13 mal so hoch wie im Jahre 1937. Das bedeutet noch nicht, daß dieser Industriezweig das Niveau der hochentwickelten Staaten erreicht hätte, da der Stand dieser Industrie vor dem Kriege in Polen sehr niedrig war. Aber auch bei dieser Einschränkung sind die Erfolge des Aufbaus der Chemie-Industrie durchaus beachtlich. Sie beschäftigt heute schon 165.000 Arbeiter, 7.000 Diplom-Ingenieure und ca. 10.000 Techniker. Die Grundlage dieser Industrie bildet jetzt Kohle und Salz, während der kommenden fünf Jahre wird sie sich mehr auf Erdgas und Erdöl verlagern. Das letzte wird Polen nach dem Bau einer gigantischen Pipeline aus dem mittelrussischen Erdölgebiet bekommen.

III. Soziale Probleme

1) Altersversicherung wird erweitert

Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung kommt nicht in den Genuß der Vorteile, die eine stark ausgebaute Sozialversicherung mit sich bringt. Es handelt sich hier in erster Linie um die Einzelbauern und Handwerker, die bis jetzt nicht altersversichert waren und sich auch privat nicht versichern konnten.

Eine solche freiwillige Altersversicherung wird Mitte d.J. in Kraft treten und damit den Interessierten die Möglichkeit eröffnen, sich einen ruhigen Lebensabend zu schaffen. Die Sache hat allerdings einen Haken der viele daran hindern wird, sich versichern zu lassen. Um sich eine Altersrente zu sichern, müssen die interessierten Bauern oder Handwerker eine Summe einzahlen, die sich auf mehrere zehntausend Zloty beläuft. Diese Summe muß nicht auf einmal eingezahlt werden, man kann sie in Raten zerlegen in der vom Versicherten selbst zu bestimmenden Höhe. Wer es sich nach ein paar Jahren anders überlegt hat, darf sogar die eingezahlten Beiträge zurückverlangen und aus der Versicherung austreten. Wer eine bestimmte Summe gezahlt und eine entsprechende Wartezeit erfüllt hat, erhält nach Erreichen der Altersgrenze eine Rente. Diese Altersgrenze beträgt bei Männern - je nach dem Vortrag 60-65 Jahre, bei den Frauen 55 - 60 Jahre. Die Höhe der Rente entspricht dem Versicherungsvertrag und den gezahlten Prämien.

Es gibt in Polen nicht wenig Bauern und Handwerker, denen es gut geht und die auf dem Sparbuch oder "unter dem Strohsack" etwas besitzen. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob dieser Teil der Selbständigen diese Summe plötzlich in der staatlichen Rentenversicherung anlegt. Die weniger Wohlhabenden sind zwar interessiert, verfügen aber kaum über das nötige Bargeld, um mehrere hundert Zloty Monatsbeiträge zahlen zu können. Der Weg zur Altersversorgung wird für sie auch weiterhin gesperrt bleiben.

2) Frauenbeschäftigung

Das Problem der Frauenbeschäftigung wird auch in einem Lande, das bis jetzt die Frage der Vollbeschäftigung im großen und ganzen zufriedenstellend zu lösen vermochte, sehr schwierig. Trotz allen Bemühungen bleibt eine nicht unbedeutende Anzahl von Frauen ohne Arbeit. Es gibt darüber keine umfassende statistische Angaben, weil die Mehrzahl der arbeitssuchenden Frauen nirgends registriert ist.

2,2 Millionen beträgt die Zahl der in der staatlichen Wirtschaft beschäftigten Frauen. Das entspricht 34 % der Gesamtzahl der Beschäftigten. Der Anteil der Frauen ist allerdings in einzelnen Regionen verschiedenen und variiert zwischen 20 und 46 %. Die meisten unbeschäftigten Frauen gibt es in den schwach industrialisierten Regionen des Landes.

Die Hauptschwierigkeit bei der Arbeitsbeschaffung liegt darin, daß 80 % der arbeitssuchenden Frauen beruflich keine Vorbildung aufweisen können. Die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten muß also mit der Errichtung beruflicher Schulungskurse gekoppelt werden.

Der gegenwärtige 5-Jahresplan sieht die Erhöhung der Zahl der beschäftigten Frauen um ca. 300.000 (100.000 in der Industrie, 80.000 im Handel und 110.000 bei den Dienstleistungen) vor. Dabei muß man noch eine Schwierigkeit überwinden, und zwar die Unlust der Betriebsleitungen, Frauen überhaupt zu beschäftigen. Diese Haltung glaubt man durch einen Druck von oben ändern zu können. Die Erfahrung sagt aber, daß die Direktionen einem solchen Druck geschickt auszuweichen verstehen. Einer ähnlichen Schwierigkeit begegnet man bei der Beschäftigung von Jugendlichen.

IV. Polen und das Ausland

1) Polen- Deutsche Bundesrepublik

Am 5. Februar veröffentlichte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" einen längeren Artikel unter dem obengenannten Titel. Zum ersten Male wurde darin von polnischer Seite über die vermittelnde Rolle des KRUPP-Generalbevollmächtigten Berthold BEITZ berichtet. Der Artikel ist als offizielle polnische Stellungnahme zu den Versuchen, das polnisch-deutsche Gespräch in Gang zu bringen, zu verstehen und verdient, daß man wichtigere Stellen aus ihm zitiert:

"Von dem Wunsch nach einer Entspannung der Lage in Europa geleitet, deklarierte die polnische Regierung mehrere Male öffentlich ihre Bereitschaft, die Beziehungen mit der Bundesrepublik zu normalisieren. Diese Versuche erweckten ein positives Echo in breiten Kreisen der westdeutschen Öffentlichkeit, nicht nur bei der Opposition, sondern zum Teil sogar bei der Regierungspartei. Leider konnten weder die Stimmung der deutschen Öffentlichkeit noch die Kritik, die von der Presse mancher westlicher Länder an der Ostpolitik der Bundesregierung geübt wurde, die antipolnische Einstellung der Bonner Regierung ändern...

Der Bundeskanzler und einzelne Minister traten zwar von Zeit zu Zeit mit Deklarationen hervor, die Ausdruck ihres 'guten Willens' gegenüber Polen sein sollten, es waren aber nur Worte ohne Deckung. Die gleichen Leute, die ihren 'guten Willen' versicherten, hielten gleichzeitig anti-polnische Reden, in denen sie ohne Skrupel Revision der Oder-Neiße-Grenze verlangten und versicherten, dieses Ziel werde mit Hilfe des Atlantischen Paktes erreicht...

Die westliche Presse schreibt unumwunden, daß die jetzige Serie der Bonner Manöver lediglich zum Ziel hat, Kennedy zu beweisen, daß Adenauer nicht der 'letzte Mohikaner' des kalten Krieges ist. Darum müssen wir die Bonner Deklarationen über die Beziehungen zu Polen mit aller Vorsicht behandeln und sie nach den Taten und Tatsachen beurteilen."

"Für alle, die sich Frieden in Europa wünschen, ist es eine klare Sache, daß hier eine Entspannung und Festigung des Friedens nur dann erzielt werden kann, wenn Westdeutschland auf seine revisionistischen Ansprüche verzichtet. Der Verzicht ... würde auch die einzige Plattform für eine wirkliche Annäherung zwischen der Bundesrepublik und Polen sein."

"Polen unterhält die besten Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu einem der deutschen Staaten - zur DDR. Polen ist bereit, auch seine Beziehungen zu der BRD auf der Basis der Gleichberechtigung zu normalisieren... Dies läßt sich aber nicht durch 'Ersatz' in irgendeiner Form erreichen, sondern erfordert die Wiederherstellung der vollständigen diplomatischen Beziehungen. Wir können uns nicht den Ansichten anschliessen, die man in Westdeutschland hört, daß die Normalisierung der Beziehungen zu Polen in irgendeiner anderen, partiellen Form, z.B. durch Errichtung von Handelsmissionen mit konsularischen Vollmachten oder gar durch die Errichtung von Konsulaten erzielt werden könnte. Natürlich bedeutet das nicht, daß Polen sich der Entwicklung und Erweiterung des Handelsaustausches oder der Unterhaltung von kulturellen Beziehungen mit der BRD widersetzen würde."

Nach diesem Artikel verstummte die polnische Presse wieder und bis jetzt ist keine weitere Stellungnahme zu den deutsch-polnischen Problemen erfolgt. Das entspricht der von Warschau angenommenen Linie, selbst möglichst wenig zu sagen, um dadurch den Partner zu sprechen zu bringen.

In dem Artikel der "Trybuna Ludu" verdienen diejenigen Stellen besondere Aufmerksamkeit, in denen davon geredet wird, daß der "Verzicht auf revisionistische Ansprüche" eine wirkliche Annäherung beider Länder bringen könnte. Nicht nur durchschnittliche Zeitungsleser, sondern auch manche politisch geschulten Menschen verstanden das so, daß die polnische Seite auf der Anerkennung der jetzigen westlichen Grenze durch die Bundesrepublik bestehen wird, und diese Anerkennung als Bedingung für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen betrachtet. In informierten polnischen Kreisen bestreitet man indes diese Auslegung. Nach Meinung dieser Kreise wird Warschau nicht auf der Anerkennung dieser Grenze bestehen, eine solche Anerkennung betrachtet man aber als Bedingung einer "wirklichen Annäherung", die mit einer diplomatischen Anerkennung nicht identisch sei.